

PRESSEMITTEILUNG

Wenn nicht jetzt, wann dann?

Im Kampf gegen Diabetes fordert Fachgesellschaft mehr Prävention

- **Werbeverbot für ungesunde Lebensmittel: Teilverbote bringen nichts**
- **„Gesunde Mehrwertsteuer“: Steuerentlastung bei Obst und Gemüse**
- **Im Gegenzug Steuererhöhung für stark gesüßte Erfrischungsgetränke**
- **Verabschiedung einer umfassenden, verbindlichen Ernährungsstrategie statt freiwilliger Selbstverpflichtung**

Berlin, 10. März 2022 – Die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG) rechnet bis zum Jahr 2040 mit etwa zwölf Millionen Betroffenen mit einem Diabetes mellitus. Um die steigende Anzahl von Betroffenen auch in Zukunft versorgen zu können, fordern Expertinnen und Experten ein umfangreiches Maßnahmenbündel, das von der Politik schon heute auf den Weg gebracht werden müsse. Ein wichtiger Punkt im Kampf gegen die Diabetesepidemie: Prävention. Der im Koalitionsvertrag angekündigten Zäsur à la „Mehr Fortschritt wagen“ müssen nun auch Taten folgen. Beispielsweise sollte das geplante Verbot für an Kinder gerichtete Werbung rasch und umfassend umgesetzt werden. Darüber hinaus setzt sich die Fachgesellschaft auch für steuerliche Maßnahmen ein, die eine gesunde Ernährung begünstigen und bei ungesunden Lebensmitteln den Hersteller mehr in die Pflicht nehmen. Wie sich die Vision der Ampelregierung für Deutschland auch für die Diabetologie umsetzen lässt, diskutierten Expertinnen und Experten auf der heutigen Jahrespressekonferenz der DDG.

Etwa 8,5 Millionen Menschen leben hierzulande derzeit mit einem Diabetes mellitus. 95 Prozent der Betroffenen haben einen Typ-2-Diabetes. Die Expertinnen und Experten der Deutschen Diabetes Gesellschaft (DDG) prognostizieren für die kommenden Jahre einen weiteren deutlichen Anstieg der Erkrankungszahlen. „Was uns bevorsteht, ist ein Tsunami an nichtübertragbaren Krankheiten wie etwa Herz-Kreislauf-Erkrankungen und eben auch Diabetes“, sagt Professor Dr. med. Andreas Neu, Präsident der DDG, Kommissarischer Ärztlicher Direktor der Abteilung für Neuropädiatrie, Entwicklungsneurologie und Sozialpädiatrie an der Kinderklinik des Universitätsklinikums Tübingen. „Wir brauchen politischen Handlungswillen und einen konkreten und verbindlichen Rahmen, um das Gesundheitswesen in Zukunft nicht zu überlasten. Nur ein Maßnahmenbündel aus Prävention, Früherkennung, Versorgung und Erforschung der Volkskrankheit kann die weitere Entwicklung der Diabetesepidemie eindämmen.“

Laut der Experten habe die neue Bundesregierung die Dringlichkeit erkannt. „Es ist sehr zu begrüßen, dass die Parteien ein Werbeverbot für ungesunde Lebensmittel, die sich an Kinder richten, im Koalitionsvertrag verankert haben“, so Barbara Bitzer, Geschäftsführerin der DDG und Sprecherin der Deutschen Allianz Nichtübertragbare Krankheiten (DANK). Wie so oft käme es jedoch auch auf die Details an: „Die Politik sollte sich nicht auf Teilverbote verlassen oder gar auf wirkungslose freiwillige Selbstverpflichtungen setzen, die Hintertüren für ungesunde Werbebotschaften offen lassen. Wir brauchen umfassende Regelungen auf allen Kanälen.“

Fast 100 Tage nach dem Amtsantritt und den Absichtsbekundungen im Koalitionsvertrag sei auf dem politischen Parkett in Hinblick auf die Prävention von chronischen Krankheiten nichts

passiert. „Wir warten nach wie vor auf Konkretisierung der geplanten Ernährungsstrategie, die Präzisierung der Ausgestaltung eines Kinderwerbverbots und auf Impulse in der Diskussion um eine Softdrinksteuer“, kritisiert Bitzer. Der inflationäre Preisanstieg bei Lebensmitteln betrifft gesunde Lebensmittel wie Obst und Gemüse überproportional stark. Eine ausgewogene, gesunde Ernährung dürfe keine Frage des Einkommens sein. Die Expertin sieht die Politik in der Pflicht, umfassende Maßnahmenbündel zu verabschieden, die auch fiskalische Instrumente berücksichtigen. Allen voran sollten Obst und Gemüse von der Mehrwertsteuer befreit und im Gegenzug die Hersteller überzuckerter Getränke in die Pflicht genommen werden. „Nutzen Sie diese einmalige Chance! Setzen Sie jetzt die entscheidenden gesamtgesellschaftlichen Maßnahmen um, denn der gesundheitliche Schutz der Bevölkerung wiegt mehr als die wirtschaftlichen Interessen der Lebensmittelindustrie“, appelliert Bitzer an Politikerinnen und Politiker.

Über die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG):

Die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG) ist mit mehr als 9200 Mitgliedern eine der großen medizinisch-wissenschaftlichen Fachgesellschaften in Deutschland. Sie unterstützt Wissenschaft und Forschung, engagiert sich in Fort- und Weiterbildung, zertifiziert Behandlungseinrichtungen und entwickelt Leitlinien. Ziel ist eine wirksamere Prävention und Behandlung der Volkskrankheit Diabetes, von der mehr als acht Millionen Menschen in Deutschland betroffen sind. Zu diesem Zweck unternimmt sie auch umfangreiche gesundheitspolitische Aktivitäten.

Kontakt für Journalistinnen und Journalisten:

Pressestelle DDG

Michaela Richter

Postfach 30 11 20, 70451 Stuttgart

Tel.: 0711 8931-516, Fax: 0711 8931-167

richter@medizinkommunikation.org